

dem die weitere Stärkung der Tertiärbildung und die Erhöhung der Absolventenzahlen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung betont wird, wie ein Bericht in der Tageszeitung *Guangming Ribao* ausführte. (GMRB, 7.1.06)

Gesellschaft

Günter Schucher

Beschäftigungsdruck bleibt hoch

Der Beschäftigungsdruck in China bleibt extrem hoch, wenn es auch Stimmen gibt, die von einer Abnahme der auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen in den nächsten Jahren ausgehen. Laut einem gemeinsamen Bericht des China Juvenile Research Centers und der Kommunistischen Jugendliga werden in den nächsten Jahren jährlich 15-22 Mio. junger Menschen neu als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, weit mehr als nachgefragt werden. Diese Zahl erscheint extrem hoch und schließt wahrscheinlich auch die ein, die durch Ausbildungsmaßnahmen dem Arbeitsmarkt noch entzogen werden; denn der Direktor des Forschungsinstituts für Bevölkerung und Human Resources bei der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, Du Yang, wird in der *Jugendzeitung* dahingehend zitiert, dass die Zahl der neu auf den Arbeitsmarkt strömenden „aktiven Arbeitskräfte“ im Jahre 2006 ihren Höhepunkt erreichen und bis zum Ende des 11. Fünf-Jahres-Programms auf 8 Mio. abnehmen wird. Für die Städte geht Zhou Tian-

yong, ein Experte der Parteischule der KP Chinas, von jährlich 5-5,5 Mio. neuen Arbeitskräften aus.

Die neuen Arbeitskräfte stellen aber nur einen Teil der Arbeitsuchenden, deren Gesamtzahl Zhou mit jährlich 40-50 Mio. schätzt. Für 2006 nennt die Nachrichtenagentur Xinhua u.a. folgende Zahlen:

- 4 Mio. Hochschulabsolventen (2005 waren es 3,38 Mio. oder 20% mehr als 2004),
- 2,7 Mio. Absolventen von Berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe II,
- 2,1 Mio. Absolventen von Mittelschulen,
- 700.000 ehemalige Armeeangehörige,
- 2,6 Mio. ehemalige Landbewohner mit jetzt städtischem Wohnsitz,
- 1 Mio. aus Staatseigenen Unternehmen freigesetzte Arbeitskräfte (*xiagang*),
- 8,4 Mio. registrierte Arbeitslose.

Mo Rong, Stellvertretender Direktor des Instituts für Arbeitswissenschaften beim Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherung (MOLSS), hält angesichts dieser Zahlen eine Abnahme des Beschäftigungsdrucks in den nächsten fünf Jahren für unwahrscheinlich. Das MOLSS strebt an, ihm durch eine aktivere Rolle der Regierungen auf allen Ebenen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zu begegnen. Im Jahre 2006 sollen 9 Mio. Arbeitsplätze neu geschaffen und 5 Mio. freigesetzte Arbeitskräfte wieder beschäftigt werden. So will man die Rate der registrierten Arbeitslosen in den Städten bei 4,6% halten (XNA, 20., 25.12.05, 1.1.06).

Ansätze zur Reform des Rentensystems

Auf einer Pressekonferenz am 14. Dezember 2005 berichtete der Stellvertretende Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit, Liu Yongfu, über den Stand des chinesischen Rentensystems. Die von ihm vorgestellten Zahlen spiegeln durchaus die großen Anstrengungen wider, die seit der Einführung von Grundrenten in den Städten im Jahre 1997 unternommen wurden. So erreichten die Rentenzahlungen 2005 einen Wert von 400 Mrd. Yuan (50 Mrd. US\$) gegenüber 151,2 Mrd. im Jahre 1998; einbezogen in die Versicherung wurden auch Unternehmen im nicht staatlichen Eigentum und die Zahl der Versicherten stieg von 112 Mio. (1998) auf 173 Mio. (2005); auch die Summe der Beiträge konnte gesteigert und die Einziehung verstärkt werden, sie stieg von 135,3 Mrd. Yuan (1998) auf 425 Mrd. Yuan (2005); und schließlich konnten auch die Transferzahlungen in die zentralen und westlichen Provinzen sowie in die alten industriellen Basen kontinuierlich gesteigert werden.

Lius Ausführungen machten aber auch die immensen Probleme deutlich, vor denen das Rentenversicherungssystem steht und die andere bereits haben vom Scheitern der Rentenreformen sprechen lassen (vgl. C.a., 4/2005, Dok 23). Grundsätzlich hat sich das Rentensystem nicht parallel zur sozioökonomischen Entwicklung weiterentwickelt; so werden Einzelgewerbetreibende und atypisch Beschäftigte nur marginal einbezogen (5,35 Mio. bzw. 19,3 Mio. Menschen). Auch sind die Methoden der Berechnung der Rentenhöhe unvernünftig und bieten keine An-

reize zur Teilhabe am System – abgesehen davon, dass der Anpassungsmechanismus unzureichend und damit die Rentenhöhe insgesamt zu niedrig ist. Die Fragmentierung des Systems führt weiterhin zu einem generell niedrigen Niveau von Ausgleichsfonds (wenn es auch seit 2000 gelungen ist, einen Nationalen Sicherheitsfonds in Höhe von 180 Mrd. Yuan zu bilden). Ausbleibende Beiträge haben schließlich zu Rentenrückständen geführt. Alle diese Probleme existieren vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl von Rentnern, die mit einem Wachstum von jährlich drei Millionen die Zahl von 43,5 Mio. im Jahr 2005 erreichten. Bis zum Jahre 2030 aber wird der Anteil der über 60-Jährigen den Spitzenwert von knapp 11% an der Bevölkerung von 1,3 Mrd. Menschen erreichen und sich das Verhältnis von Arbeitern zu Rentnern dabei weiter dramatisch verschlechtern. Dazu trägt auch das durchschnittlich sehr frühe Renteneintrittsalter von 51,2 Jahren bei, das damit um rund 10 Jahre unter dem weltweiten Durchschnitt liegt. Hintergrund dessen sind die unterschiedlichen Eintrittsalter für Männer (60 Jahre), Frauen in Regierungsinstitutionen (55 Jahre) und Frauen in der Produktion (50 Jahre).

Der Staatsrat hat angesichts dieser Entwicklung und vor dem Hintergrund von Zahlungsrückständen mit Wirkung vom 3.12.05 beschlossen, das Beitragssystem zu verbessern, die pünktliche Zahlung der Renten in voller Höhe durchzusetzen und das System auf alle Beschäftigten in allen städtischen Unternehmen sowie auf private Geschäftsleute und Einzelgewerbetreibende auszuweiten. Fondsmanagern, die den Wert

der persönlichen Fonds der Rentenzahler nicht wahren, wird mit gesetzlichen Strafen gedroht und das Rentenniveau soll sich entsprechend der Lohn- und Preissteigerungen entwickeln.

Die Altersregelung soll vorläufig allerdings nicht geändert werden, erklärte ein Sprecher des Arbeitsministeriums (MOLSS); dies sei ein sensibles Thema, für das die Zeit erst reif sein müsse. Die Ausweitung der Beitragszahler um 10 Mio. jährlich aber soll bis zum Jahre 2010 über 220 Mio. Menschen in die Rentenversicherung einbeziehen.

Alle Lokalregierungen sollen aktiv nach Lösungen suchen, die Beitragsrückstände zu entrichten. Diese seien von 600 Mio. Yuan im Jahre 1998 auf 100 Mio. im Jahr 2000 zurückgegangen, 2003 habe es allerdings erneut Rückstände in Höhe von 132 Mio. Yuan gegeben. In den letzten zwei Jahren sei es zwar zu keinen neuen Rückständen gekommen, aber mit dem Anstieg der Rentnerzahlen wird auch ein Anwachsen des Defizits in den Rentenkassen befürchtet.

Geändert werden soll das System der individuellen Konten, das bisher keinen Anreiz für Zahlungen bietet. Wer 15 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, ist berechtigt eine Rente zu empfangen. Diese steigt allerdings nicht mit weiteren Einzahlungen. Außerdem geht das System von einer Lebenszeit von 10 Jahren nach Renteneintritt aus, während die reale durchschnittliche Zeit über 25 Jahre beträgt. Letzteres soll nach den Vorstellungen des MOLSS in Betracht gezogen werden, wurde aber noch nicht geändert. Ansonsten will man die Renten künftig bei Zahlungen über 15 Jahre hinaus pro Jahr Einzahlung um 1% wachsen lassen. Der

Übergang von dem alten aufs neue System soll dabei schrittweise erfolgen: „Neues System für neue Personen, alte Methode für alte Personen“.

Um dies auch finanzieren zu können, wird das Beitragssystem geändert. Die Beschäftigten zahlen weiterhin 8%, die Unternehmen 20% der Lohnsumme, aber diese 20% stehen voll dem Rentenfonds der Regierung zur Verfügung. Bisher flossen 3% in die individuellen Konten.

Alle diese Änderungen, bzw. das gesamte System, gelten nur für städtische Beschäftigte. Selbst in einer Stadt wie Beijing haben nur 382.000 der insgesamt 3,58 Mio. Landbewohner kommerzielle Rentenversicherungen abgeschlossen. Mit dem Beschluss „Opinions of Guidance on the Establishment of a Social Security Old-Age Insurance System in Rural Areas of Beijing“ will die Stadtregierung allen Landbewohnern (Männern zwischen 16 und 60, Frauen zwischen 16 und 55) die Eröffnung individueller Rentenkonten bei den jeweiligen Lokalregierungen ermöglichen (XNA, 15., 24.12.05; XNA, 14., 15.12.05, nach BBC PF, 15., 16.12.05; XNA, 15.12.05, nach BBC EF, 16.12.05; SCMP, 16.12.05).

„Aufbau eines neuen Landes“

Wie schon am Beginn des Jahres 2005, so stand auch am Jahresende die Förderung der ländlichen Entwicklung im Mittelpunkt zahlreicher Regierungsaktivitäten. Trotz intensiver Bemühungen – letztlich bereits seit dem XVI. NVK im Jahre 2002 (vgl. auch C.a., 2/2005, S. 15-20) war es nicht gelungen, die Einkommensschere zwischen Land

und Stadt etwas zu schließen, sie hat sich im Gegenteil weiter geöffnet (s. die folgende Dok). Auf verschiedenen Treffen von Partei- und Regierungsorganen ging es dabei um die Ausgestaltung des Ziels „Aufbau eines neuen Landes“, also des ländlichen Raums, das Bestandteil des in diesem Jahr beginnenden neuen (11.) Fünf-Jahres-Programms ist und zu den Kernbestandteilen der wirtschaftspolitischen Agenda der nächsten Jahre gehören soll.

Das „neue Land“ wurde von Ministerpräsident Wen Jiabao als eines charakterisiert, in dem die ländliche Produktion wächst, die Bauern in den Dörfern gut leben und demokratisch verwaltet werden, wo die Umwelt sauber und die Moral gesund ist. Mit den notwendigen Maßnahmen zum Erreichen dieses ambitionierten Zieles befasste sich eine Arbeitskonferenz vom 28. bis 29.12.2005. In dem von ihr entworfenen Dokument zum Aufbau eines „neuen sozialistischen Landes“ wurde die Notwendigkeit der Anhebung der Agrarproduktivität, die Verbesserung der Lebensbedingungen, der Ausbau der ländlichen Infrastruktur und die Entwicklung der sozialen Dienstleistungen betont sowie die strikte Kontrolle der Landnahmen, um die ländliche Entwicklung und die Stabilität auf dem Lande zu sichern.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen steht die Steigerung staatlicher Finanzleistungen; nicht mehr die Städte, sondern der ländliche Raum soll Hauptziel staatlicher Investitionen sein. Auf keinen Fall aber soll es dabei einfach um den Aufbau neuer Dörfer gehen, vielmehr sollen bestehende Dörfer besser und allseitig ökonomisch, politisch, kulturell und sozial entwickelt wer-

den. Neben den staatlichen Finanzspritzen und dem infrastrukturellen Ausbau sollen diesem Ziel die Konsolidierung der Steuerreform (s. folgende Dok), die stetige Steigerung der Getreideproduktion, die Kontrolle des Land-Management-Systems, die Anleitung der Bauern bei der geordneten Migration in die Städte sowie die Steigerung der Inputs in Bildung, Gesundheit und soziale Dienste dienen. Alle diese Maßnahmen sind nicht neu; auch die Arbeitskonferenz hob hervor, dass sie seit langem entwickelt sind, entscheidend sei die konzentrierte Aufmerksamkeit einer einigen Führung auf ihre Umsetzung.

Auf der WTO-Konferenz in Hongkong verwies der stellvertretende Agrarminister Niu Dun auch auf den unfairen internationalen Agrarmarkt und die Probleme, die der chinesischen Landwirtschaft durch Agrarsubventionen seitens der USA und der EU entstünden; letztlich aber würde die chinesische Landwirtschaft an ihren eigenen Mängeln leiden, den kleinen Ackergrößen, schlechter Infrastruktur, fehlender Technologie und unzureichenden Investitionen.

Dem Infrastrukturproblem widmete sich der Staatsrat Anfang Dezember 2005. Der Ausbau der ländlichen Infrastruktur sei nicht nur wichtige Maßnahme für den Aufbau der neuen sozialistischen ländlichen Gebiete, er habe darüber hinaus weit reichende Bedeutung. Zum einen sei er Ausdruck des grundlegenden Wandels vom städtischen zum ländlichen Aufbau, zum anderen werde er zur Ausweitung der Binnennachfrage, zur Öffnung ländlicher Märkte, zur Verbesserung der ländlichen Produktionskapazitäten, zur Modernisierung des Landes und

zur Erweiterung ländlicher Arbeitsmöglichkeiten und damit zur Steigerung ländlicher Einkommen beitragen.

Der Staatsrat befasste sich in einem gemeinsamen Dokument mit dem ZK der KP Chinas auch mit der kulturellen Entwicklung des Landes, auch dies ein wesentlicher Aspekt der ländlichen Infrastruktur. Bis zum Jahre 2010 sollen in allen Dörfern mit mehr als 20 Einwohnern, die über Elektrizität verfügen, Radio und Fernsehen empfangen werden können und in allen Dörfern solle einmal im Monat ein Film gezeigt werden. Das kulturelle Leben der Bauern müsse bereichert werden und dafür sollten einerseits auch privatwirtschaftliche Aktivitäten gefördert und andererseits alle sozialen Kräfte mobilisiert werden. Auch sollten alle Kulturproduzenten zur Entwicklung adäquater Produkte angeregt werden. Und letztlich sollten den Bauern nicht nur neue Kulturprodukte nahe gebracht, sondern auch deren traditionelle Kultur und kulturelle Produkte bewahrt und gefördert werden.

Die hongkonger SCMP wies darauf hin, dass die jetzige Kampagne nicht nur der Bewegung aus den 1950er Jahren zum „Aufbau sozialistischer ländlicher Gebiete“ ähnelt, sondern direkt der Politik des südkoreanischen Präsidenten Park Chung-hee aus den frühen 1970er Jahren (Saemaul Undong, New Village Movement) nachempfunden ist. In Vorbereitung des 11. Fünf-Jahres-Programms habe Zheng Lixin, stellvertretender Direktor des Forschungszentrums des ZK, Südkorea bereist und dort die Ergebnisse dieser Politik studiert. Die SCMP zitiert aber auch innerchinesische Kritiker, die die Effizienz der zentralen Investitionen anzweifeln,

solange die adäquate Verwendung der Mittel durch die Lokalregierungen nicht gesichert sei (vgl. dazu auch C.a., 2/2005, S. 15-20). Lokale Kader könnten sich an den Mitteln bereichern, sie könnten die Abgabenlasten für die Bauern erhöhen, um „Musterdörfer“ zu schaffen und sie könnten weiterhin Land für Industrie- und Infrastrukturprojekte „ent-eignen“.

Die Reform des Systems der Landrechte ist danach der wesentliche Schlüssel zur Lösung der ländlichen Probleme, wird aber von der Regierung in absehbarer Zeit nicht in Angriff genommen (XNA, 2.12.05, nach BBC EF, 3.12.05; XNA, 11.12.05, nach BBC PF, 12., 13.12.05; XNA, 16.12.05; XNA, 18.12.05, nach BBC EF, 20.12.05; XNA, 25., 29.12.05, nach BBC PF, 27., 31.12.05; SCMP, 3.1.06).

Ländliche Einkommen bleiben zurück

Sinkende Getreidepreise und stagnierende Löhne für Bauernarbeiter in den Städten wurden von Experten aktuell verantwortlich gemacht für das erneute Zurückbleiben ländlicher Einkommen. Grundlegende Ursache allerdings sei die niedrige Agrarproduktivität. Nach jüngsten Angaben des Nationalen Statistikbüros (NBS) erreichten die Netto-Pro-Kopf-Einkommen ländlicher Haushalte Ende 2005 3.255 Yuan; dies waren zwar 6,2% mehr als im Vorjahr, die Steigerungsrate war allerdings gegenüber 2004 um 0,6% niedriger. Demgegenüber lag sie in den Städten um 1,9% höher und erreichte 9,6%; die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen städ-

tischer Haushalte erreichten damit 10.493 Yuan.

Auf die weiterhin steigende Kluft zwischen ländlichen und städtischen Einkommen wies auch der *China Human Development Report 2005* der UNDP hin, der – von chinesischen Forschern erstellt – Mitte Dezember veröffentlicht wurde. Zwar hat sich China im Human Development Index (HDI) inzwischen unter 177 Nationen auf den 85. Platz vorgeschoben (2004 = 94., 1990 = 105. Platz), aber dieser Index bezieht neben dem Einkommen auch das Bildungsniveau und die Lebenserwartungen ein; und er berücksichtigt nicht die Entwicklungsunterschiede im Land: Shanghai erreicht beim HDI das Niveau Portugals, Tibet aber nur das Gabuns. Auch nach Einschätzung der UNDP ist die Einkommensungleichheit zum entscheidenden Faktor für soziale Unzufriedenheit geworden. Dabei geht es zwar auch um die Kluft zwischen Arm und Reich in den Städten, die wesentliche Lücke klappe aber zwischen Land und Stadt.

Die verletzlichsten Gruppen (*most vulnerable groups*) seien die armen Landbewohner, die von Staatsbetrieben entlassenen Arbeiter und die 140 Mio. Bauernarbeiter. Die Einkommensdifferenz zwischen Land- und Stadtbewohnern betrage 3,3:1 (3,2:1 im Vorjahr), dürfte aber nach Meinung chinesischer Sozialwissenschaftler damit immer noch unterschätzt sein und eher bei 4:1 liegen. Unter Einbeziehung aller Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen geht ein Forscher des Agrarministeriums sogar von einer Wohlstandslücke von 60:1 bis 84:1 aus.

Die Differenz hat nach Ansicht chinesischer und internationaler Forscher mit

einem Gini-Koeffizienten von über 0,4 (UNDP) das international angenommene sozial gefährliche Niveau bereits überschritten, wobei die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften in ihrem neuesten *Blue Book of Chinese Society 2006* sogar auf 0,53 kommt.

Die chinesische Regierung ist durch die vorgelegten Berichte sicherlich in ihrer Politik zur Förderung des Landes unterstützt worden. Maßnahmen zur Ausweitung ländlicher Bildung und Pilotprojekte für kooperative Gesundheitsversorgung sind ganz im Sinne der UNDP-Empfehlungen. Auch die anvisierte Abschaffung des *hukou*-Systems (C.a., 6/2005, Dok 19) dürfte die Stellung der Bauernarbeiter in den Städten verbessern. Ungelöst bleibt aber das Problem der Beschlagnahme von Agrarland für industrielle Projekte durch lokale Kader. Zwar sollen die Kompensationen für die Bauern erhöht werden, das Grundproblem – die Eigentumsrechte – will die Regierung allerdings nicht anpacken (XNA, 16.12.05; SCMP, 16., 22.12.05, 3.1.06; ST, 17.12.05, nach BBC EF, 18.12.05; FT, 17./18.12.05; ST, 17.12.05., 20.1.06).

Agrarsteuer abgeschafft

Am 29. Dezember 2005 stimmten die Mitglieder des Ständigen Komitees des NVK einstimmig (bei einer Enthaltung) für die Abschaffung der Agrarsteuer zum 1. Januar 2006. Die entsprechenden Regelungen galten seit 1958, die Steuern bildeten nach 1949 die wesentliche Einnahme der chinesischen Regierung. Inzwischen waren die Einnahmen aus der Agrarsteuer allerdings unbedeu-

tend geworden und betrug nach rund 22 Mrd. Yuan im Jahr 2004 (weniger als 1% der staatlichen Steuereinnahmen) nur noch 1,5 Mrd. Yuan im Jahr 2005. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie nicht für die lokalen Regierungen von Bedeutung waren, die sie durch alle möglichen Gebühren zu ergänzen suchten. Hier hat die Regierung durch Kompensationszahlungen – in Höhe von 66,4 Mrd. Yuan im Jahre 2005 – die Bereitschaft erhöhen wollen, nicht auf andere Abgaben zurückzugreifen.

Die *Volkszeitung* feierte den Beschluss zur Abschaffung der – letztlich 2.600 Jahre alten – Steuer als von epochaler Bedeutung. Bereits seit 2004 hatte die Regierung mit verschiedenen Politiken die Steuerlasten der Bauern zu verringern gesucht. Ursprünglich waren noch vier weitere Jahre für das allmähliche Auslaufen der Steuern vorgesehen gewesen. Aber nachdem schon im Jahr 2005 28 der 31 Provinzen die Abgaben auf Dünger, Saatgut und Landnutzung gestrichen hatten, zog die Regierung entsprechende Schritte durch die verbleibenden drei Provinzen vor. Zu befürchten bleibt, dass die Lokalregierungen neue Wege suchen und finden werden, ihre Einnahmen durch Abgaben der Bauern zu erhöhen. Vor dem Beginn der Reform sammelten sie jährlich 60 Mrd. Yuan an Steuern ein (XNA, 19.12.05, nach BBC EF, 21.12.05; SCMP, 20.12.05; ST, 21.12.05; XNA, 29.12.05, nach BBC EF, 4.1.06; RM-RB, 30.12.05, nach BBC PF, 3.1.06).

Rechtliche Absicherung von Lohnzahlungen geplant

Die weitere Abwanderung von Bauern in die Städte könnte nicht nur nach Ansicht der Weltbank, sondern auch nach Plänen der chinesischen Regierung ein Weg sein, die Produktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen. Außerdem zeigen Untersuchungen in zentralchinesischen Provinzen, dass die Migranten auf dem Wege sind, den Hauptbestandteil einer neuer ländlichen Mittelschicht zu bilden.

Gefährdet werden diese Projekte allerdings durch die rechtlich ungesicherte Stellung der Bauernarbeiter (obwohl das Arbeitsgesetz prinzipiell auch für sie gilt) und vor allem die immer wieder vorenthaltenen Löhne, die besonders vor dem Frühlingsfest zu Verzweiflung bis hin zu Selbstmorden bei den einen und vermehrten Protestaktionen bei den anderen führten. Insofern unternahm die chinesische Regierung in der Zeit vor dem Frühlingsfest verstärkte Anstrengungen, um der Lösung des Problems vorenthaltener Löhne näher zu kommen.

Bereits vor drei Jahren hatte sie eine landesweite Kampagne zur Zahlung überfälliger Löhne gestartet. Seitdem sollen insgesamt 162 Mrd. Yuan nachgezahlt worden sein, 87% der 2003 anstehenden Lohnrückstände. 16 Regionen und Städte auf Provinzebene haben inzwischen Mechanismen zur Sicherstellung der Zahlungen geschaffen, 14 weitere haben Kontrollsysteme eingeführt. Am 13. Dezember 2005 forderte Vizepremier Zeng Peiyan alle Verantwortlichen von Projekten mit staatlichen Investitionen auf,

alle ausstehenden Zahlungen innerhalb von zwei Monaten zu leisten.

Um diesen immer wieder vorgetragenen Ansätzen Nachdruck zu verleihen, will die Regierung im Jahr 2006 entsprechende Regelungen auch in Gesetze übernehmen, erklärte der Bauminister Wang Guantao am 26. Dezember. Andere nannten dabei das Strafrecht, in das ein zusätzlicher Artikel aufgenommen werden könnte, der Unternehmern Strafen androht, die Löhne nicht zahlen oder sich aus dem Staube machen. Vor allem aber sind die in Arbeit befindlichen Arbeitsvertragsgesetz, Gesetz für soziale Sicherung, Gesetz zur Beilegung von Arbeitskonflikten und das Beschäftigungsförderungsgesetz geeignet, entsprechende Formulierungen aufzunehmen – und nicht zuletzt das bis Ende 2007 zu überarbeitende Arbeitsgesetz. Das Arbeitsvertragsgesetz, das Arbeitsverträge für alle Beschäftigten obligatorisch machen soll, wurde bereits am 24. Dezember das erste Mal gehört. Der Staatsrat behandelte am 18. Januar 2006 ein Dokument mit dem Titel „Several Opinions of the State Council on Resolving Peasant Worker Issues“ und betonte die große Notwendigkeit, die Probleme der Bauernarbeiter zu lösen, handele es sich doch um „a new labour army that came to the fore in the process of our country's reform and opening up, industrialization, and urbanization“ (XNA, 14.11., 13., 24., 28.12.05; XNA, 26.12.05, nach BBC EF, 28.12.05; XNA, 19.1.06, nach BBC PF, 21.1.06; ST, 2., 26.1.06).

Außenwirtschaft

Margot Schüller

Verdreifachung des Außenhandelsüberschusses im Jahre 2005

Nach vorläufigen Angaben der Zollbehörden fiel das Außenhandelsvolumen Chinas im Jahre 2005 um 23,2% höher aus und erreichte einen Wert von rund 1.400 Mrd. US\$. Erneut stiegen die Ausfuhren schneller (+ 28,4%) als die Einfuhren (+ 17,6%). Bei Exporten von 762 Mrd. US\$ und Importen von 660,12 Mrd. US\$ war der Außenhandelsüberschuss im letzten Jahr mit 101,88 Mrd. US\$ um das Dreifache größer als 2004 (32 Mrd. US\$).

Auch im Jahre 2005 fiel dem Veredlungshandel eine bedeutende Rolle zu. So belief sich das Volumen des *processing trade* auf 690,51 Mrd. US\$ und machte damit rund die Hälfte des gesamten Handels aus. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Veredlungshandel um 25,3%.

Regional gesehen wurde die Provinz Guangdong wie jedes Jahr zum wichtigsten Außenhandelsstandort China. Insgesamt belief sich das Außenhandelsvolumen der Provinz auf 427,98 Mrd. US\$ (+ 19,8%) und machte 30,1% des gesamten Handelsvolumens aus. Ausfuhren der Provinz in Höhe von 238,16 Mrd. US\$ (+ 24,3%) standen Einfuhren von 189,82 Mrd. US\$ (+ 14,7%) gegenüber. Maschinen und Elektronik bildeten mit einem Anteil von 69% den Hauptanteil der Exporte.